

12 Seiten Special zur
Vermögenszuwachssteuer

BOERSE EXPRESS

BOERSE-
EXPRESS.com

Die Mittags-News für Finanzprofis. Quick First Print - Erster Ausdruck in 7 Sekunden fertig **Canon** Nr.1499a/04 04 08

„Banken werden nicht
Steuereintreiber“

Christian Jauk, Capital Bank

„Würden ins untere
Mittelfeld abstürzen“

Markus Fichtinger, Aktienforum

„Rückschlag für den
Aktienmarkt“

Wolfgang Eder, voestalpine

„Kontraproduktiv zu allen
Bemühungen für den
Kapitalmarkt“

Hannes Roither, Palfinger

„Vollkommene *Fehleinschätzung*
der Notwendigkeiten“

Hellmut Longin, Aktienforum

„Unfug“

*Ludwig Scharinger,
RLB OÖ*

„Potenziale in Verwaltung
oder Gesundheitswesen heben“

Christian Rosner, S&T

„In Osteuropa hat kein
einziges Land eine solche Steuer“

Bernhard Felderer, IHS

„Vermögen
würde ins
Ausland
abwandern“

Paul Severin, ÖVFA

„Es trifft Häuslbauer,
nicht Superreiche“

Christian Drastil, Börse Express

Steuer würde die Falschen treffen

Der ohnedies geschröpfte
Mittelstand müsste ble-
chen, die Reichen ent-
kommen genial.

Von Christian Drastil,
Herausgeber
Börse Express



Vorab: Die Steuerreform 2010 sollte - allen politischen Statements zufolge - ausschliesslich der Reduktion bestehender Steuern und Abgaben gewidmet sein, und nicht die Einführung neuer Belastungen zur Folge haben. Doch genau das droht jetzt mit der „Vermögenszuwachssteuer“, die unter dem Deckmantel „Nehmen wir den Reichen etwas weg“ verkauft wird.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Während die wirklich Reichen ihre Vermögen in steuerschonenden Stiftungen geparkt haben, würde die neue Steuer genau diejenigen erwischen, die es am wenigsten verdient haben:

- Leute, die private Pensionsvorsorge betreiben
- Häuslbauer, die auf Tilgungsträger setzten
- Mitarbeiter von Firmen, denen gut gemeinte Investments in Aktien des eigenen Unternehmens jetzt zum Verhängnis werden können
- Anleger, die vielleicht jahrelang im Minus waren (Stichwort: Immo-Aktien) und deren etwaige „Aufholgewinne“ besteuert werden

Schlicht: Es wird zwar Ausnahmen, Ausnahmen und nochmal Ausnahmen geben, aber unterm Strich erwischt es Otto Normalverbraucher, den Mittelstand. Die Einführung einer Steuer auf den Vermögenszuwachs würde unweigerlich zu einer „inneren“ Belastung des österreichischen Kapitalmarkts führen, das ist abzulehnen.

Und auch folgende Detail-Aspekte sind nicht zu unterschätzen: Die börsennotierten AGs würden stärker in internationale Hände fallen und die Banken müssten aufgrund des extremen Verwaltungsaufwandes höhere Gebühren verlangen. Das kann nicht im Sinne der Politik sein. Unterm Strich würde diese Steuer aufgrund der vielen Ausnahmen, die man einfach gewähren müsste, wohl mehr kosten, als sie bringen würde. Auf jeden Fall ein deutliches Mehr

an Verwaltung. Man kann daher nur hoffen, dass, wie bereits vor einem Jahrzehnt, als eine derartige Idee ebenfalls bereits beschlossen war und wieder verworfen wurde, letztendlich auch diesmal die Vernunft über den Populismus siegt. Diese Steuer macht keinen Sinn, ein klares Nein dazu.

In der hier vorliegenden Sondernummer des Börse Express (heute 6. Geburtstag mit dem PDF), die wir in Kooperation mit dem **Aktienforum** gestalten und die unter www.boerse-express.com/v-steuer gratis downloadbar ist, nehmen Wirtschaftsboerse genauso wie der erwähnte „Normalverbraucher“ zu einer Steuer, die unterm Strich nichts bringt, Stellung. **Mitdiskutieren im Forum ist möglich:** www.boerse-express.com/cat/postings/v-steuer.

Viel Spass beim Lesen dieser Sonderausgabe und viel Erfolg bei Ihren Geldanlagen wünscht
Christian Drastil, Herausgeber

PS: Neben dem heissen Thema Vermögenszuwachssteuer möchte ich Sie noch auf weitere aktuelle Punkte hinweisen.

● Börse Express auf Xing: Wir haben Anfang April auf der Netzwerk-Plattform www.xing.com die Gruppe „WIENERBÖRSE Express - BankenNet“ ins Leben gerufen. Unter <https://www.xing.com/net/boerseexpress/> kann man kostenlos beitreten und erhält neben einigen Diskussionsforen auch einen wöchentlichen Newsletter

● Stichwort Newsletter: Unter www.boerse-express.com/nl ist die Zahl der abonnierten Newsletter bereits auf fast 90.000 gestiegen. Vom Pressepiegel bis hin zu PDF-Produkten ist alles dabei. Mail-Adresse reicht

● das Börse Express-PDF, unser kostenpflichtiges Produkt (u.a. mit täglich kommentiertem Real-Money-Depot, 740 Prozent Plus in sechs Jahren) ist als Geburtstagsabo von 4.4. bis 6.4. zu **120 statt 180 Euro** zu bestellen: www.boerse-express.com/abo

NEIN ZUR
VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

STRAFSTEUER FÜR AKTIONÄRE



Gemeinsam gegen die Strafsteuer: Markus Fichtinger, Hellmut Longin und Christian Jauk präsentieren das Positionspapier des Aktienforums

„Der österreichische Kapitalmarkt ist trotz der positiven Bemühungen der letzten Jahre im internationalen Vergleich unterentwickelt. Jede zusätzliche Besteuerung in diesem Bereich würde diesen Aufholprozess jäh unterbrechen“, ist sich Hellmut Longin, Präsident des Aktienforums, sicher. Die im Raum stehende Einführung einer Vermögenszuwachssteuer - vom Aktienforum als „Strafsteuer für Aktionäre“ titulierte - wird daher vehement abgelehnt.

Die vergangenen Jahre waren zwar von anhaltenden Bemühungen geprägt, die Anzahl der Privatanleger in Österreich zu erhöhen und die Börse attraktiver zu machen. Der Weg ist aber noch nicht zu Ende. So nimmt Österreich im Vergleich von 21 OECD-Staaten im Bezug auf die Marktkapitalisierung nur den 16. Rang ein. Beim Finanzvermögen der Privathaushalte liegt Österreich innerhalb der Eurozone an vorletzter Stelle, vor allem auch weil die Haushalte noch immer nur unterdurchschnittlich in Wertpapiere investieren, zeigt das Aktienforum auf. Die Stärkung des heimischen Kapitalmarktes und der Vermögensposition der Haushalte müsse daher ein wirtschaftspolitisches Ziel bleiben, so wie es auch im Regierungsprogramm festgeschrieben ist, lautet die Forderung.

„Der österreichische Kapitalmarkt hat internationales Grössenniveau noch immer nicht erreicht. In dieser Situation eine neue Steuer in diesem Bereich zu erfinden, wäre Ausdruck einer vollkom-

menen Fehleinschätzung der wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten“, so Longin weiter.

So wie die Steuer angedacht ist, würde sie nur den in politischen Reden hoch geschätzten, in der Steuerrealität aber meist nur belasteten Mittelstand treffen. Denn die grösste Anzahl an Wertpapierbesitzern findet sich in den Haushalten mit einem Finanzvermögen von rund 92.000 Euro und ab einem Nettoeinkommen von 3.000 Euro im Monat. Die neue Steuer treffe also keineswegs das „Grosskapital“, sondern hunderttausende Mittelstandsfamilien, argumentieren die Experten.

ABSTURZ INS MITTELFELD

Eine Besteuerung der Vermögenszuwächse von Wertpapierinvestments würde zudem die derzeit gute steuerliche Position Österreichs drastisch verschlechtern. „Im internationalen Vergleich würden wir mit einem Steuersatz von 25% vom oberen in das untere Mittelfeld abstürzen“, erklärt Markus Fichtinger, Geschäftsführer des Aktienforums. Eine Studie des schwedischen Aktionärsverbandes hat die Besteuerung von Wertzuwächsen bei Wertpapieren in 36 Staaten untersucht. In immerhin 11 Staaten sind Wertzuwächse steuerfrei und in 7 weiteren gibt es hohe Freibeträge und einen reduzierten Steuersatz.

➤ Fortsetzung auf Seite 4

NEIN ZUR
VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

NEIN ZUR VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

► Fortsetzung von Seite 3

Nur vier Staaten kennen eine volle Besteuerung im Rahmen der Einkommenssteuer. Daneben gibt es eine Gruppe von acht Ländern, die einen eigenen Steuertarif zwischen 5% und 30% für Vermögenszuwächse vorsehen.

KEINE STEUEREINTREIBER

Auch die Banken beziehen eine klare Position. „Die Banken werden bei dieser Steuer sicher nicht die Funktion des Steuereintreibers übernehmen. Die steuerliche Benachteiligung von Wertpapierinvestments muss der Staat schon selbst exekutieren“, stellt Christian Jauk, Mitglied des Aktienforumvorstandes und CEO der Capital Bank - Grawe Gruppe, klar. Die Einhebung dieser Steuer würde erheblichen administrativen Mehraufwand für die Banken bedeuten, der vom Staat oder den Kunden abzudecken wäre. Gerade über lange Behaltefristen ergeben sich erhebliche Probleme bei der korrekten Abwicklung, wie z.B. bei der Berücksichtigung von Kapitalmassnahmen, Zukäufen oder Aktiensplits. Ebenso spielt die Frage der Behandlung von Investments in ausländischen Währungen und der damit verbundenen Wechselkursschwankungen eine wesentliche Rolle. Der Verfassungsgerichtshof hat daher bereits im Jahr 2000 die geplante Einführung der Spekulationsertragssteuer vor Inkrafttreten aufgehoben, weil die Einhebung durch die depotführende Bank unzulässig ist, so Jauk.

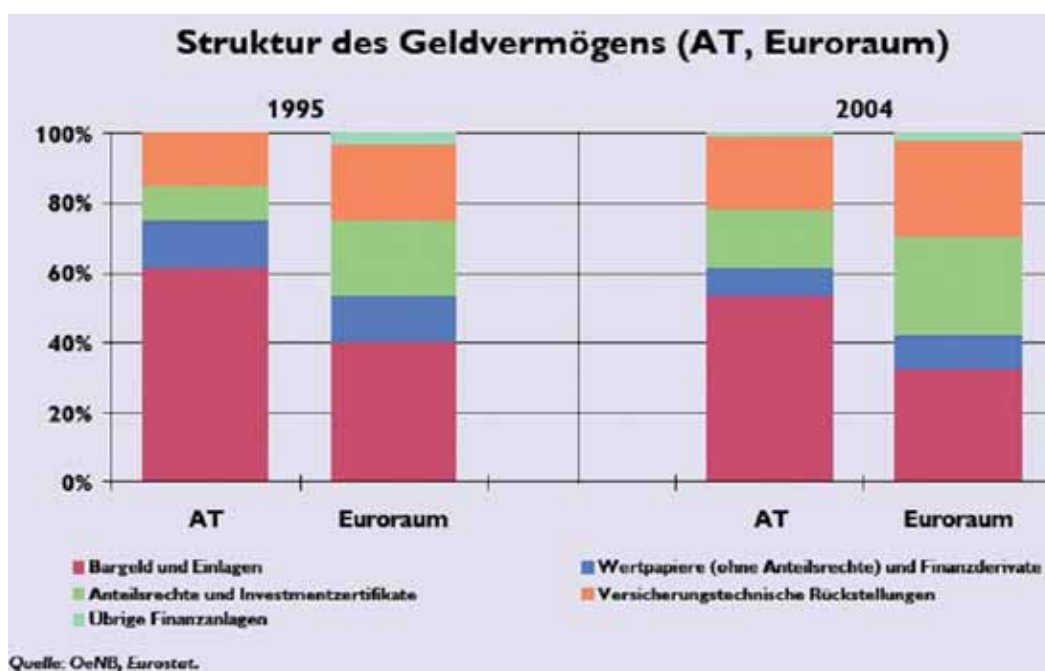
Das Aktienforum zeigt in seinem Positionspapier für eine Steuerreform 2010 Massnahmen auf, wie die Vermögensposition österreichischer Haushalte im internationalen Vergleich verbessert werden kann. Denn die Geldvermögensbildung der Haushalte sei nicht nur eine Voraussetzung zur weiteren Stärkung des heimischen Finanzplatzes, sondern auch ein wichtiger Faktor, um negative Konjunktorentwicklungen abzuschwächen.

WICHTIGSTE ECKPUNKTE

- Keine Vermögensbesteuerung: Mit der Abschaffung der Vermögensbesteuerung in Schweden gibt es diese Form der Substanzbesteuerung nur noch in Frankreich, Norwegen, Spanien und der Schweiz.

- Keine Ausweitung der Kapitalzuwachsbesteuerung: Dividendenzahlungen an Private sind in Österreich mit 25% endbesteuert. Ebenso unterliegen Gewinne aus dem Verkauf von Finanzanlagen innerhalb der einjährigen Spekulationsfrist der Einkommenssteuer. Eine Änderung dieser bestehenden Regelungen erscheine unter Berücksichtigung der Ausgangslage nicht sinnvoll.

- Flexibilisierung der Zukunftsvorsorge: Die Zukunftsvorsorge war eine gelungene Massnahme zum Aufbau einer privaten Säule der Pensionsvorsorge. Um das Produkt attraktiver zu machen sollten Adaptierungen hinsichtlich Produkte auch ohne Kapitalgarantie, flexible Aktienquote und eine Öffnung für neue Assetklassen angedacht werden.





S-BOX Klimaschutz® Kurs-Index

Optimal diversifizierte Investitionsmöglichkeit
mit dem S-BOX Klimaschutz® Kurs-Index

Index-Zertifikat

ISIN / WKN	AT000A09651 / RCB9VY
Emissionspreis	EUR 10,00 + 0,30 Ausgabeaufschlag
Laufzeit	Open end
Börsennotiz	Wien, Stuttgart
Zeichnungsfrist	bis 28.04.2008

Garantie-Zertifikat

ISIN / WKN	AT000A09669 / RCB0W6
Emissionspreis	100 % + 3 % Ausgabeaufschlag
Laufzeit	02.05.2008 – 04.05.2015
Börsennotiz	Wien, Stuttgart
Zeichnungsfrist	bis 28.04.2008

Weitere Informationen unter www.rcb.at oder
unserer Produkt-Hotline +43 (0) 1 51520 - 484



**Raiffeisen
CENTROBANK**
Member of RZB Group

DAS SAGEN BÖRSENNOTIERTE

„Die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer würde die Attraktivität der Aktienveranlagung gefährden und ist somit kontraproduktiv zu den Bemühungen, den Kapitalmarkt für das Aktiensparen attraktiver zu machen. Und da hat Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ohnehin noch Aufholbedarf. Darüber hinaus müsste das Bankgeheimnis geändert werden, um diese Steuer einzuführen.“

Hannes Roither,
Leitung Öffentlichkeitsarbeit & Investor Relations
Palfinger AG



„Ich spreche mich klar gegen neue Steuern und Belastungen für die Leistungsträger und Unternehmen des Landes aus. Bevor zu diesem Mittel gegriffen wird, sollten zunächst die sicher reichlich vorhandenen Einsparungspotenziale in der Verwaltung, oder zum Beispiel auch im Gesundheitswesen, raschest gehoben werden. Derartige Steuern schaden nur der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich. Es ist aber sicher einfacher, Steuern zu erhöhen, als anspruchsvolle Kosten- und Effizienzprogramme umzusetzen - aber nur diese helfen lang- und mittelfristig unserem Land.“

Christian Rosner,
Vorstandsvorsitzender
S&T System Integration &
Technology Distribution AG



„Aus der Sicht eines börsennotierten Unternehmens ist eine Vermögenszuwachssteuer aus folgenden Überlegungen kritisch zu hinterfragen: Kommt es dadurch zu einer Schlechterstellung des österreichischen Kapitalmarktes im internationalen Vergleich? Gibt es ein steuerliches Gegenstück zum Vermögenszuwachs? Welche Einnahmen aus dieser Steuer stehen welchem Risiko bei einem Kursverfall gegenüber – somit eine Art von Break-Even Berechnung? Da wir erst am Anfang der Diskussion stehen, sind es die tatsächlichen Rahmenbedingungen, die über den Sinn einer Vermögenszuwachssteuer urteilen lassen.“

Wolfgang Spiller, Direktor Finanz + IT,
Schlumberger Aktiengesellschaft

„Zur Vermögenszuwachssteuer: Es gibt bereits eine Einkommenssteuer bis 50% auf Aktiengewinne, wenn man innerhalb der Spekulationsfrist von 1 Jahr verkauft. Darüber hinaus werden die Ausschüttungen der Aktiengesellschaften ohnedies mit 25% besteuert. In Zeiten sinkender Aktienkurse entbehrt so eine Steuer nicht einer gewissen Ironie. Wie werden etwa Vermögensverluste behandelt? Bei der Veranlagung in Aktien stellt der Anleger dem Unternehmen ja Eigenkapital oder mit anderen Worten Risikokapital zur Verfügung. Einem potenziell höheren Ertrag als bei der Gewährung von Fremdkapital (z.B. Zeichnung einer Anleihe mit fixem Kupon) steht entsprechend höheres Risiko gegenüber. Es wäre für den Standort Österreich sicher nicht förderlich, wenn durch eine weitere Steuer den Unternehmen der Zugang zu Risikokapital zusätzlich erschwert würde. In einem Hochsteuerland wie Österreich sind zusätzliche Steuern keine Lösung. Ganz im Gegenteil: So hat beispielsweise die Absenkung der Körperschaftsteuer auf 25% mit 1.1.2005 (zuvor 34%) den Standort Österreich gesichert und attraktiv gemacht bei gleichzeitig gestiegenem Steueraufkommen.“

Konrad Sveceny, Head of Investor Relations bwin Interactive Entertainment AG



„Die Koalition diskutiert über eine „Vermögenszuwachssteuer, die zweckgebunden in Gesundheitswesen fließen soll. Anstelle das Gesundheitswesen zu reformieren und auf der Ausgabenseite zu sparen bzw. dem Versicherten die Wahl zu überlassen, bei welcher Sozialversicherung er sich versichern möchte, soll eine neue Steuer eingeführt werden? Eine solche Steuer muss zwangsläufig den Mittelstand belasten - ausser es werden grosszügige Freibeträge vereinbart, dann würden aber wohl die Kosten der Einführung die Steuereinnahmen überschreiten. Für Stiftungen u. institutionelle Anleger wird die Steuer wohl nicht greifen, da Erträge aus Wertpapieren sowieso auch heute steuerbare Erträge sind. Meines Erachtens ist die Idee wenig sinnvoll. Um das Gesundheitswesen zu reformieren, sollte man eher die Krankenkassen reformieren, liberalisieren oder privatisieren und den Gebietsschutz für Apotheken kippen und nicht den österreichischen Kapitalmarkt für Kleinanleger unattraktiver zu machen“

Daniel Folian, Investor Relations,
Warimpex Finanz und Beteiligungs AG

NEIN ZUR
VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

STATEMENTS AUS DEM MARKT

„Eine Einführung der Vermögenszuwachssteuer würde die Attraktivität der Aktienveranlagung gefährden und damit die bisherigen politischen Bemühungen um eine zusätzliche Altersvorsorge schwächen“

Die Wiener Börse AG

„Diese Steuer wäre ein Rückschlag für den Aktienmarkt. Die vergangenen Jahre gab es stets Bemühungen, die Aktionärsquote in diesem Land zu erhöhen. Die Vermögenszuwachssteuer wäre ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung.“

Wolfgang Eder, Generaldirektor voestalpine AG



„Die Einführung einer Vermögenszuwachssteuerung ist zwar aus fiskalpolitischer Sicht verständlich, aber keine Massnahme, die man zur Förderung des Kapitalmarktes derzeit empfehlen würde. Die Kosten der Einhebung werden in keinem vernünftigen Verhältnis zum Steueraufkommen stehen. Die Abgabe wird gegenüber der Steuerflucht sehr anfällig sein. Steuerehrliche Anleger werden in jene Produkte umschichten, die nicht der Vermögenszuwachsbesteuerung unterliegen, wie beispielsweise Versicherungspolizzen. Angesichts der jüngsten Ereignisse am österreichischen Kapitalmarkt wäre es besser gewesen, die gesetzgeberische Energie für Massnahmen des Anlegerschutzes zu verwenden.“

Roland Rief, Ernst & Young

„Die Binder+Co AG plant in den nächsten fünf Jahren eine Mitarbeiterbeteiligung in Form eines Stock-Option-Programms umzusetzen. Die erforderlichen Beschlüsse in den Gremien sind bereits gefasst worden. Wir sind überzeugt, dass sich die Regierung darauf einigen wird, dass Mitarbeiterbeteiligungen generell von der Vermögenszuwachssteuer ausgenommen werden. Damit sind keine negativen Auswirkungen auf unser Stock-Option Programm zu erwarten.“

Karl Grabner, Vorstand Binder+Co AG



„Damit kann man noch nichts anfangen. Bei Aktien gibt es das ja schon. Es ist eine Inflationsbesteuerung, weil die Werte auch wegen der Geldentwertung steigen. Ich erinnere daran, dass es

wegen so einer Steuer in Kalifornien eine Steuerrevolte gegeben hat. Diese Auswirkungen sollte man sich vorher überlegen: Wenn man in einen Pool springt, schaut man ja vorher nach, ob ausreichend Wasser drinnen ist - und nicht erst nachher“

Hannes Androsch, Ex-Politiker, Investor, gegenüber der Tageszeitung „Österreich“



„In Osteuropa hat kein einziges Land eine solche Steuer, sie könnte unsere Börse zerstören. In Deutschland wird mit 2009 eine ähnliche Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf Aktienkursgewinne eingeführt. Da wäre es für uns schlau gewesen, einmal abzuwarten, was die Deutschen damit für Erfahrungen machen. Man kann annehmen, dass eine Kapitalflucht einsetzt. Wenn das bei uns auch geschieht, ist die Bemessungsgrundlage für die Vermögenszuwachssteuer gleich viel schmaler.“

Bernhard Felderer, IHS-Chef, in der „Kronen Zeitung“



„Die diskutierte Einführung einer Vermögenszuwachssteuer ist ein Unfug. Es gibt schon jetzt bei Wertpapieren die Spekulationssteuer. Diese Ein-Jahres-Frist sollte auf drei bis fünf Jahre ausgedehnt werden. Wer vorher Geld herausnehmen will, sollte die volle Steuer zahlen. Danach für jedes längere Jahr fünf Prozent weniger und ab zehn Jahren gar nichts mehr. Dass die Banken diese Steuer einheben sollten, will ich nicht gleich anbieten. Ich warte auf Vorschläge. Das muss man uns abringen und auch erklären, was wir dafür bekommen.“

Ludwig Scharinger, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank (RLB) Oberösterreich



NEIN ZUR
VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

NEIN ZUR
VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

STATEMENTS AUS DEM MARKT

„Eine Steuer auf den Zuwachs von Aktien- und Fondsvermögen bringt keinen kontinuierlichen Ertrag und fällt in schwierigen Börsenzeiten völlig aus. Sie kann deshalb niemals zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden. Die Einbeziehung von Immobilien oder gar immaterieller Werte, wie Kunst oder Antiquitäten, führt zu einer Substanzbesteuerung (weil die Wertzuwächse meist nur inflationsbedingt sind), ist schwierig zu administrieren und daher abzulehnen. Anlagen für die Altersvorsorge müssen steuerfrei bleiben. Eine verfassungskonforme Steuer auf den Wertzuwachs von Kapitalanlagen setzt voraus, dass Verluste



mit Gewinnen verrechnet werden können. Als Übergangsregelung muss dem Anleger - auch angesichts der Kursverluste in den letzten Monaten - ein Wahlrecht eingeräumt werden, ob der historische Anschaffungswert der Aktien oder der Stichtag der Steuereinführung ausschlaggebend ist. Ansonsten kann der Fall eintreten, dass Verluste vor dem Stichtag nicht anerkannt werden, obwohl Gewinne nach dem Stichtag versteuert werden müssen. Die neue Steuer auf den Wertzuwachs von Kapitalanlagen ist im Zusammenhang mit der Steuer auf Kapitalerträge zu sehen und aufkommensneutral zu gestalten. Das heißt, wenn auch der Vermögenszuwachs besteuert wird, muss der jetzt nur für Zinsen und Dividenden geltende Kest-Satz von 25 Prozent entsprechend gesenkt werden. Für die Einführung einer solchen Regelung ist eine ausreichend lange Übergangsfrist vorzusehen“.

Karl Bruckner, Vorsitzender des Fachsenats für Steuerrecht in der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, fasst die wichtigsten Kritikpunkte und Rahmenbedingungen zusammen

„Ich kann mir die Idee einer Vermögenszuwachssteuer zwar aus Sicht eines Zertifikate-Emittenten schönreden, denn dann wären Zertifikate gegenüber Aktienfonds nicht mehr steuerlich benachteiligt, aber sinnvoller wird die Steuer damit nicht. Jetzt wissen wir schon, dass wir zukünftig mit kleineren Pensionen leben werden müssen, daher legt man sich aus dem schon einmal versteuerten Geld was auf die hohe Kante und kauft vielleicht Aktien - und dann holen sich die Geldverschleuderer auch noch ein Viertel vom Ertrag! Ich bin gerne Österreicher, ehrlich, ich lebe sehr gerne hier und leiste gerne meinen Bei-

trag dazu, aber manchmal frage ich mich, wie lange ich mir das noch leisten kann (und will)! Werde ich irgendwann in ein „Billigwohland“ auswandern (müssen)? Stellt Euch mal vor, unsere Politiker führen eine neue Steuer ein - und es ist keiner mehr da, der sie zahlen könnte! Wie heisst das so schön: Der Letzte macht das Licht aus“.

Andreas Dolezal, Product Management & Sales, Capital Bank

„Ich frage mich, was der Aktienkäufer mit dem Gesundheitssystem zu tun hat. Was der Gesundheit des Gesundheitssystems dienen soll, könnte zu einer schweren Erkältung der Wiener Börse führen. Die Wiener Börse hat sich in den vergangenen Jahren ordentlich entwickelt, aber sie ist noch ein zartes Pflänzlein. Mit einer solchen Steuer bringt man den Aktienmarkt in Schwierigkeiten“.

Walter Rothensteiner, RZB-Chef und Sprecher der Banken in der „Kronen Zeitung“

Befürworter aus der Börseszene

„Eine Besteuerung des Zugewinns mit 25 Prozent ist gerechtfertigt, weil das bedeutet ja, dass ich drei Viertel einstecken darf. Das Argument, dass der Wirtschaftsstandort dadurch gefährdet ist halte ich für weltfremd und unsachlich. Gegen eine Capital Gains Tax sind jene, die den Hals nicht vollkriegen“.



Hans-Peter Haselsteiner, CEO Strabag, am Rande einer Veranstaltung in Stockholm

„Es wäre nur fair, wenn neben dem Faktor Arbeit auch der Faktor Kapital entsprechend besteuert würde“.

Claus Raidl, Vorstandschef Böhler-Uddeholm

IMPRESSUM

Medieneigentümer/Herausgeber:

Styria Börse Express GmbH

Berggasse 7/7, 1090 Wien

Redaktion:

Mag. Manfred Kainz

manfred.kainz@boerse-express.com

Layout/Grafik/Produktion:

Alexander Stadler,

alexander.stadler@boerse-express.com

Vollständiges Impressum unter

<http://www.boerse-express.com>

Aktienforum/boerse-express.com **ROADSHOW #5**

Kapitalmarkt-Gespräch

17. April, Haus der Industrie, ab 18 Uhr:



CA Immo

Bruno Ettenauer, Vorstand

Immofinanz

Norbert Gertner, Vorstand



conwert

Johann Kowar, Vorstand

s Immo

Holger Schmidtmayr, Vorstand



4 Vorstände/IR, 4 x 15 Minuten. Die Roadshow-Reihe für Privatanleger.

Teilnahme gratis

300 Plätze, first come, first serve (Rückbestätigung durch uns)

Anmeldung unter: <http://www.boerse-express.com/roadshow>

Motivation für private Vorsorge sinkt

Das Risiko, dass Vermögen ins Ausland abwandert, steigt.

*Von Paul Severin,
Vorstand ÖVFA*



Die ÖVFA, die Österreichische Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management, steht einer Einführung einer neuen Vermögenszuwachssteuer negativ gegenüber. Folgende Faktoren sprechen gegen eine Änderung der geltenden Steuergesetzgebung:

1. Attraktivität für die private Vorsorge wird reduziert - die Wiener Börse wird geschwächt

Durch eine Steueränderung sinkt der Anreiz für die private Alters- und Pensionsvorsorge. Dies steht konträr zu dem Ziel, dass der österreichische Staat durch die private Vorsorge künftig entlastet werden sollte. Gerade das Sparverhalten von kleinen und mittleren Vermögen könnte dadurch negativ beeinflusst werden. Auch die Wiener Börse konnte von diversen Massnahmen profitieren. Ein starker Finanzplatz ist jedoch eine notwendige Voraussetzung für langfristiges, stabiles Wirtschaftswachstum.

2. Bemühungen zur Förderung privater Aktieninvestments und die Sinnhaftigkeit der Privatisierungspolitik wären gefährdet

Die Fondsgesellschaften der Banken sowie die Versicherungen haben sich bisher sehr erfolgreich der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge angenommen, um das Aktiensparen langfristig in Österreich weiterzuentwickeln, gegenüber dem internationalen Schnitt zu heben und nachhaltig abzusichern. Es ist prinzipiell erfreulich, dass die Zukunftsvorsorge möglicherweise aus der Vermögenszuwachssteuer ausgenommen werden soll, doch das Signal an den Kapitalmarkt ist durch die Einführung einer solchen Steuer für private Aktieninvestments generell negativ. Dieser Schritt in der bisherigen Finanzpolitik ist auch vor allem

gegenüber realisierten Privatisierungen ehemals staatlicher Unternehmen kontraproduktiv. Ehemals staatliche Unternehmen, welche über die Einführung an der Börse sowohl in ihrer Eigenkapitalstärke als auch Expansionskraft vor allem in Zentral- und Osteuropa deutlich schlagkräftiger wurden.

3. Kontinuität in der Steuergesetzgebung ist ein Wettbewerbsvorteil

Österreich hat durch die Kontinuität in der Vermögenssteuergesetzgebung im internationalen Vergleich an Attraktivität gewonnen. Gerade in der Vermögensverwaltung zeichnet sich ein Standort durch eine nachhaltige, stabile Steuerpolitik aus. Österreich hat in den vergangenen Jahren nicht nur als Börseplatz, sondern auch im Bereich Investment Banking, Private Banking und in der Vermögensverwaltung international eine hohe Reputation aufgebaut. Viele Arbeitsplätze wurden im Finanzdienstleistungssektor geschaffen, Arbeitsplätze, die bisher eher in anderen Ländern wie Luxemburg oder der Schweiz entstanden sind. Mit einer Änderung in der Steuergesetzgebung steigt das Risiko, dass Vermögen ins Ausland abwandert und neues Vermögen seinen Weg nur schwer nach Österreich finden wird. Dadurch würde die Finanzdienstleistungsbranche im internationalen Vergleich erheblich Schaden nehmen.

4. Schwankungsfreudigkeit/Kosten der Einführung und möglicher Ertrag

Bei einer Gesamtrechnung sind die gesamtwirtschaftlichen negativen Effekte mit den künftigen (unsicheren) Erträgen aufzusaldieren. Bekanntermassen trägt ein Anleger, der Kapitalmarktprodukte zum Ansparen erwirbt, auch ein Schwankungsrisiko. Zusätzlich zu dem Schwankungsrisiko würde dann auch die Steuer als negativer Effekt schlagend werden.

www.oefva.at

NEIN ZUR
VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

Schlechtes Déjà vu Erlebnis

Eine Steuerreform, die diesen Namen verdienen will, kann nicht mit einer neuen Steuer beginnen.

Von Manfred Kainz
Börse Express



Die politische Idee, mittels Steuer auf realisierte Wertzuwächse bei z.B. Wertpapieren zuzugreifen, ist ja nicht neu. Daran ist Ende der Neunzigerjahre schon der damalige (auch grosskoalitionäre) SPÖ-Finanzminister Edlinger gescheitert. Weil vor allem der gesamte Bankensektor massiv Widerstand geleistet hat. Mit dem pragmatischen und gewichtigen Argument, dass die EDV-Umstellungen in allen Banken unverhältnismässig viel kosten würden, um letztlich nur eine „Bagatellsteuer“ einzutreiben (Anm: Bagatelle nicht für den einzelnen Zahler, aber das Steueraufkommen wäre eine Bagatellgrösse für das Staatsbudget). Die Banken konnten ihren Widerstand mit gewichtigen Kosten-Einnahmen-Kalkulationen belegen und stellten die berechnete Frage, warum denn sie - als Privatunternehmen im internationalen Wettbewerb - den unbeliebten „Steuereintreiber“ spielen, sich den Zorn der Kunden zuziehen sollen und dafür auch noch zig Millionen Euro für unproduktive EDV-Umstellungen ausgeben müssten, um eine der ureigensten Staatsaufgaben - die Steuereinhaltung - zu erledigen, deren Kosten ihnen der Staat aber nicht refundieren will.

Dieser Widerstand wird jetzt nicht geringer sein, schliesslich haben sich diese gewichtigen Argumente des Bankensektors nicht geändert. Wenn die Regierung also die ganzen abrechnungstechnischen Probleme einer solchen Steuereinhaltung via Banken und den absehbaren Branchenwiderstand vermeiden will, bliebe nur die Variante, dass die Steuerzahler alle allfälligen Aktienverkaufsgewinne - abzüglich aller Verkaufsverluste - in ihrer Steuererklärung angeben. Gemäss §30 Einkommensteuergesetz müssen sie das ja heute schon - unter Anrechnung der einjährigen Spekulationsfrist. Heisst: Ergeben sich Netto-Verluste, würden diese die Gesamt-Bemessungsgrundlage des Steuerpflichtigen senken, und der Steuerzahler müsste letztlich sogar weniger Steuern zahlen als heute bzw. eine Steuerrückzah-

lung bekommen. Da Verlustjahre an den Börsen genauso realistisch sind wie Gewinnjahre, kann der „Steuerschuss“ kräftig nach hinten losgehen: Wenn das Staatsbudget mit Weniger - statt mit Mehr-Einnahme dasteht. Ob das im Sinne der Steuererfinder ist? Und das Gesundheitssystem wird es auch nicht freuen, wenn die Geldquelle nicht kontinuierlich sprudelt.

Steuer im internationalen Vergleich

Eine Vermögenssteuer wird nur in ganz wenigen EU-Ländern (Luxemburg, Spanien, Schweden) bzw. in wenigen OECD-Staaten erhoben. Aber was Steuerbefürworter ins Treffen führen: In der EU-15 gibt es eine stärkere Steuerbelastung von Grundvermögen (Grundsteuern), von Finanz- und Kapitaltransaktionen (Börsenumsatzsteuern, Grunderwerbsteuern) sowie von Erbschafts/Schenkungssteuern, als in Österreich. Von dieser Seite droht also dem immobilien Vermögen weiterhin steuerpolitische Gefahr...

Was ebenso ärgerlich ist, ist die politische Chuzpe: Zuerst zur Vertrauensbildung einen Regierungsbeauftragten für den Kapitalmarkt einsetzen, ein paar Finanzmarktverbesserungsgesetze nachholen, geförderte Zukunftsvorsorge mittels Aktieninvestments bei den Privatsparern anpreisen, zuschauen wie unsere AGs dank ihrer Erfolge im globalen Wettbewerb für immer mehr Sparer eine Geldanlageergänzung werden, und warten, bis sich doch immer mehr Bürger über die Aktienanlage „drübertrauen“... Und dann: „Ätsch, aber wenn du Kursgewinne realisieren willst oder gar musst, schneiden wir kräftig mit!“

Abgesehen von den betriebswirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Risiken einer Vermögenszuwachssteuer ist noch anzumerken, dass es realpolitisch in höchstem Masse unklug und kontraproduktiv ist, zum Startschuss einer - ohnehin schwierigen - Steuerreformdebatte mit einer neuen Steuer hervorzupreschen, die absehbar - negative - Emotionen auslöst und dadurch die gesamte Steuerreformdiskussion nur unnötig erschwert. Denn eine Steuerreform, die diesen Namen verdienen will, kann nicht mit einer neuen Steuer beginnen.

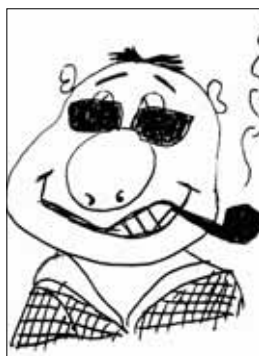
manfred.kainz@boerse-express.com

NEIN ZUR VERMÖGENSZUWACHSSTEUER

Der Neidkomplex

Es gibt keine wundersame Geldvermehrung. Was der eine gewinnt, muss ein anderer verlieren.

Von Otto Normalinvestor
BElogger auf
www.be24.at



„Wir“ Österreicher werden vom Neid zerfressen, wenn ein Anleger mit seinen Aktiengewinnen prahlt. Und „wir“ denken an das Risiko und trauen uns nicht, Aktien zu kaufen. Wenn wir doch Aktien kaufen und damit viel Geld verlieren, dann hassen wir die Gewinner erst recht und schliessen uns den Forderungen nach einer zusätzlichen Steuer für Gewinner an.

Minister Buchinger hat es in der ZiB so erklärt, dass es Nichtaktiengewinner verstehen müssen, was Aktiengewinne sind (versuche mich wortwörtlich zu erinnern, zumindest sinngemäss stimmt es auf jeden Fall): „Die Aktionäre bekommen ja nicht nur die Dividende, sondern auch noch einen Mehrwert darüber, das ist der Kursgewinn, und ich sehe nicht ein, warum der steuerfrei sein soll!“

Selbst ein Mitglied des JoWood-Aufsichtsrats hat die Erhöhung der Aufsichtsratsvergütungen plus Gewinnbeteiligungen voriges Jahr mit dem Argument verteidigt, die Aufsichtsräte würden schliesslich „arbeiten für ihr Geld, im Gegensatz zu Aktionären“.

So denkt man in Österreich über Aktionäre: Sie kaufen sich eine Aktie und cashen ab. „Die Börse ist eine Einbahnstrasse!“, so denken viele wohl. Ja, natürlich denken auch wir Aktionäre so, wenn mal eine Zeitlang fast alles nach oben geht und uns die Euphorie mitreisst. Das Erwachen ist dann umso bitterer. Vielleicht gibt es Privataktionäre, die nachhaltig Gewinne erwirtschaftet haben. Vielleicht. Ich gratuliere ihnen dazu. Wer an der Börse verliert, der schweigt meist, aus Scham. Keiner will sich Fehler eingestehen, schon gar nicht den schadenfrohen Mitmenschen gegenüber.

Natürlich bin ich dafür, die „Aktiengewinner“ zu besteuern! Aber wo sind die? Und warum soll es plötzlich so viele Ausnahmen bei der Vermögenszuwachssteuer geben, namentlich für das Grosskapi-

tal, dort wo wirklich etwas zu holen ist? Warum will man gerade die Aktionäre besteuern? Die am wenigsten das grosse Geld machen können. Ich weiss, dass Sie - liebe Politiker - sich Ihrer Sache überhaupt nicht sicher sind, Sie wissen sehr wohl, dass die Steuer erstens sehr unregelmässig tröpfeln würde, weil man sie nur in guten Jahren kassieren kann, und dass die Steuererträge zweitens sehr bescheiden ausfallen. Aber wenn ich Verluste nicht mehr mit Gewinnen ausgleichen darf, ist die Steuer nicht einmal im Ansatz gerecht. Die Gewinne fließen ohnehin spärlich, aber wenn's einmal scheppert, dann scheppert's ordentlich, die Verluste sind im Normalfall riesig.

Ihr solltet auch nicht vergessen, liebe Politiker: Wenn die neue Steuer mit den vielen Ausnahmen kommt, dann ist erstens für viele Jahre die Chance vertan, eine richtige Steuerreform zu machen, einen „grossen Wurf“, wo jeder Bezieher irgendwelcher nennenswerter Einkünfte sich an der Finanzierung des Staatshaushalts beteiligen soll. Und zweitens fällt dann die Spekulationssteuer weg, die ja auch einiges gebracht hat. Aber wenn man sich schon darüber traut, an ihrer Stelle eine neue Steuer einzuführen, dann soll diese perfekt geplant sein:

Sie soll gerecht sein, administrierbar, und das Aufkommen soll trotzdem positiv sein. Damit würde ich bei einer fairen Abzugsmöglichkeit von Verlusten aber absolut nicht rechnen. Daher hat eine faire Vermögenszuwachssteuer von vornherein keine Chance auf ein langes Leben. Am Ende würden auch die Anleger diese zusätzliche Steuer zahlen müssen, die überwiegend Verluste machen.

Wozu fördert der Staat eigentlich noch das Bausparen? Sind nicht gerade die Bausparer diejenigen, deren Kapital immer mehr wird? 4 Mio. Verträge x 35 Euro (noch dazu steuerfreie!) Prämie = 140 Mio. Euro wären schon da für die Sanierung der Krankenversicherung. Da liegt das Geld auf der Strasse, und keiner sieht es! Diese Miniförderung einzustellen, würde enormen Verwaltungsaufwand ersparen. Wenn man im Gegenzug auf die V-Steuer verzichtet, spart man in diesem Bereich doppelt.

„Otto Normalinvestor“ ist das Pseudonym eines BE-Lesers (Name der Redaktion bekannt)

NEIN ZUR VERMÖGENSZUWACHSSTEUER